

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 15. April 1955

Blatt 535

Wiener Landtag

=====

Bürgermeister Jonas zu den Moskauer Verhandlungen

15. April (RK) Der 2. Präsident Mühlhauser eröffnet die Sitzung um 11.10 Uhr.

Zum Wort gemeldet ist Landeshauptmann Jonas, der den Mitgliedern des Wiener Landtages das offizielle Kommuniqué über die Moskauer Verhandlungen zur Kenntnis bringt. Es hat folgenden Wortlaut:

"Vom 12. April 1955 bis zum 15. April 1955 fanden in Moskau zwischen einer österreichischen Regierungsdelegation unter der Führung von Bundeskanzler Ing. Julius Raab und Vizekanzler Dr. Adolf Schärf einerseits und einer sowjetischen Regierungsdelegation unter Führung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Ministers für die Auswärtigen Angelegenheiten der UdSSR W.M. Molotow und dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR A. Mikojan andererseits Besprechungen statt, welche in freundlichem Geiste verliefen.

Als Ergebnis der Besprechungen stellen beide Seiten fest, daß die Regierung der Sowjetunion ebenso wie auch die Regierung der Republik Österreich den schleunigsten Abschluß des Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich für wünschenswert halten, was den nationalen Interessen des österreichischen Volkes und einer Festigung des Friedens in Europa dienen soll.

Die österreichische Delegation versicherte, daß die Republik Österreich gemäß der bereits auf der Berliner Konferenz im Jahre

./.

1954 gemachten Erklärung nicht beabsichtigt, sich irgendwelchen militärischen Bündnissen anzuschließen, oder auf ihrem Gebiete militärische Stützpunkte zuzulassen. Österreich wird gegenüber allen Staaten eine Politik der Unabhängigkeit führen, die die Einhaltung der Deklaration gewährleistet. Die sowjetische Seite erklärte sich einverstanden, daß die Truppen der vier Mächte nach Inkrafttreten des Staatsvertrages, spätestens mit 31. Dezember 1955 abgezogen werden. Auf die Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreich und Englands vom 5. April 1955 über ihr Bestreben nach Abschluß des österreichischen Staatsvertrages drücken die Delegationen Österreichs und der Sowjetunion die Hoffnung aus, daß gegenwärtig günstige Möglichkeiten zur Regelung der österreichischen Frage durch eine Einigung der vier Mächte und Österreich bestehen.

Die sowjetische Regierung gab weiterhin in Übereinstimmung mit ihrer Erklärung auf der Berliner Konferenz im Jahre 1954 ihr Einverständnis damit bekannt, die im Artikel 35 des Staatsvertrages vorgesehene Summe von 150 Millionen Dollar zur Gänze in österreichischen Warenlieferungen anzunehmen.

Die Sowjetregierung erklärte ihre Bereitschaft, in die bereits vorgesehene Übergabe des deutschen Eigentums in der sowjetischen Besatzungszone Österreichs unverzüglich nach Inkrafttreten des Staatsvertrages gegen eine entsprechende Vergütung auch die Vermögenswerte der DDSG einschließlich der Korneuburger Werft, alle Schiff- und Hafenanlagen an Österreich zu übergeben.

Die Sowjetregierung erklärte weiters ihr Einverständnis damit, alle in Artikel 35 des Staatsvertrages zustehenden Rechte auf die Ölfelder und die ölverarbeitenden Betriebe einschließlich die Aktiengesellschaft für Handel mit Ölprodukten (OROP) gegen Lieferung von Rohöl in einem zwischen beiden Staaten zu vereinbarenden Ausmaß an Österreich abzutreten.

Außerdem wurde Einverständnis darüber erzielt, daß in der nächsten Zeit Verhandlungen, die eine Normalisierung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und der Sowjetunion zum Ziele haben, beginnen sollen.

Die sowjetische Delegation teilte der österreichischen Dele-

gation mit, daß das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zugesagt habe, das Ersuchen des Bundespräsidenten Dr.h.c. Theodor Körner um die Heimkehr der Österreicher, die eine Strafe auf Grund von Urteilen sowjetischer Gerichtsorgane verbüßen, wohlwollend zu überprüfen. Nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Österreich werden auf dem Gebiet der Sowjetunion keine Kriegsgefangenen und angehaltene Zivilpersonen österreichischer Staatsbürgerschaft verbleiben".

Nach Verlesung des Kommuniqués, das mit allgemeinem anhaltendem Beifall aufgenommen wird, gibt Bürgermeister Jonas folgende Erklärung ab:

"Hohes Haus! Diese Mitteilungen berechtigen uns zu der Hoffnung, daß das zehnjährige Warten, die zehnjährige Enttäuschung doch zu Ende gehen, daß unsere Freiheit und der Staatsvertrag in greifbare Nähe gerückt sind.

In dieser Stunde gedenken wir als Landtag und Gemeinderat von Wien jener Mitglieder der österreichischen Regierung, die an den schweren Verhandlungen in Moskau teilgenommen haben und deren Geduld und Weisheit es gelungen ist, mit der Sowjetischen Regierung zu diesem Übereinkommen zu gelangen. Im Namen der Bundeshauptstadt Wien und im Namen des Landtages und Gemeinderates drücke ich der österreichischen Regierungsdelegation den herzlichsten Dank der Bundeshauptstadt aus. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Da es uns möglicherweise versagt ist, an der Begrüßung teilzunehmen, möchte ich unserer Regierungsdelegation gleichzeitig auch den herzlichsten Willkommengruß in der Heimat entbieten.

Meine Damen und Herren! Das Bemerkenswerte an dem Inhalt dieser Vereinbarungen ist meiner Meinung nach, daß zu der politischen Unabhängigkeit jetzt auch noch Sicherungen für die wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs kommen sollen. Wenn das Wahrheit wird, was in diesem Kommuniqué enthalten ist, ist es ^{Fortschritte und} ~~e~~ ^{einer der schönsten} ~~einer der schönsten~~ Abänderungen des ursprünglichen Staatsvertragsentwurfes, daß nun auch die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in den Besitz Österreichs übergehen soll. Ein weiterer schöner Fortschritt ist, daß die Bestimmung des ursprünglichen Entwurfes, wonach sich die sowjetischen Schürfrechte bei Erdöl auf 30 Jahre erstrecken sollten, in

./.

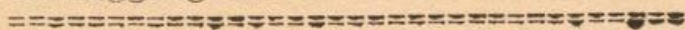
eine sechsjährige Lieferung von Rohöl geändert wird.

Wenn also allem Anschein nach der Tag der endgültigen Befreiung Österreichs doch in die Nähe rückt, sollen wir in diesem Augenblick aber nicht vergessen, daß die Verwirklichung des Staatsvertrages von Österreich harte Opfer verlangen wird. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß unsere Schwierigkeiten noch nicht beendet sind. Aber so wie das österreichische Volk mit seiner Geduld, seinem Fleiß und seiner Tapferkeit in der Vergangenheit unter den schwierigsten Verhältnissen ausgehalten hat, so wird die österreichische Bevölkerung, dessen sind wir gewiß, den Preis der Arbeit, der Geduld und der Tapferkeit für die endgültige Freiheit bezahlen, wenn er mit der Würde des österreichischen Volkes vereinbar ist. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

So darf ich der tiefen Genugtuung, die uns an diesem Tag erfüllt, freudig Ausdruck verleihen. Wir wünschen uns und der Wiener Bevölkerung, daß uns nun die Freiheit und die Souveränität und das Recht der Selbstbestimmung in der demokratischen Republik trotz der großen Sorgen, die uns bevorstehen, doch in die eigene, in die österreichische bessere Zukunft führen werden!" (Langanhaltender allgemeiner Beifall.)

- - -

Beflaggung der städtischen Gebäude



15. April (RK) Auf Anordnung von Bürgermeister Jonas sind ab sofort anlässlich der Rückkehr der österreichischen Delegation aus Moskau alle städtischen Gebäude zu beflaggen.

- - -

Der weitere Verlauf der Landtagssitzung

=====

15. April (RK) Nun wird mit der Erledigung der Tagesordnung begonnen. Von der VO liegt eine Anfrage an den Landeshauptmann vor.

Über die Ergänzung des Kulturpflanzenschutzgesetzes referiert Stadtrat Bauer (ÖVP). Er weist darauf hin, daß schon bei der Einführung hochwirksamer synthetischer ^{Insekten-} bekämpfungsmittel die Imker vor einer Schädigung der Bienenvölker gewarnt haben. Tatsächlich sind in den letzten Jahren Schädigungen vorgekommen. Der vorliegende Gesetzentwurf, der mit dem niederösterreichischen übereinstimmt, sieht entsprechende Schutzmaßnahmen vor. Er wurde den zuständigen Stellen zur Begutachtung übermittelt.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Stadtrat Dr. Migsch (SPÖ) referiert über einen Gesetzentwurf über die Außerdienststellung von Beamten der Stadt Wien für die Dauer der Ausübung von öffentlichen Mandaten. Diese Maßnahme erscheint deshalb zweckmäßig, um den Mandataren die Ausübung ihrer Funktionen ohne Behinderung zu ermöglichen. Der Gemeinderat hat bereits am 20. Jänner 1950 einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes darf jedoch eine solche Maßnahme nur durch ein Landesgesetz geregelt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht vor: Beamte der Stadt Wien, die als Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates, des Gemeinderates der Stadt Wien, weiter als Bezirksvorsteher der Stadt Wien gewählt oder als Fürsorgeamtsvorstand der Stadt Wien bestellt werden, sind für die Dauer der Ausübung ihres Mandates, bei Wahrung ihrer Rechte aus ihrem Dienstverhältnis außer Dienst zu stellen. Diese Bestimmungen finden jedoch auf Ärzte in den städtischen Krankenanstalten keine Anwendung. Die gleiche Regelung wird der Wiener Gemeinderat für Vertragsbedienstete beschließen.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Als nächstes referiert StR. Dr. Migsch über die achte Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien, wodurch die vorgesehene dritte Stufe der Erhöhung der Zuschläge zum Gehalt statt wie vorgesehen am 1. Dezember bereits am 1. Juni wirksam wird.

Auch diese Vorlage wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Fiedler (ÖVP) referiert einen Antrag des Immunitätskollegiums, dem Ersuchen des Bezirksgerichtes Tulln um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Dipl. Ing. Gruber wegen Verdachtes der Übertretung der körperlichen Sicherheit Folge zu geben. Es handelt sich dabei um einen leichten Verkehrsunfall. Dem Ersuchen des Immunitätskollegiums stimmt der Wiener Landtag einstimmig zu.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Mühlhauser schließt die Sitzung.

-- -- --

Wiener Gemeinderat

=====

15. April (RK) Im Anschluß an den Landtag fand unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas eine Sitzung des Wiener Gemeinderates statt. Im Einlauf befanden sich drei Anfragen der VO und zwei Anfragen der ÖVP. Ferner wurden von den Gemeinderäten der VO mehrere Anträge eingebracht, und zwar auf Verlängerung der Straßenbahnlinie 10, auf Verlängerung der Betriebszeit der Autobuslinie 19, auf Einberufung einer Enquete über ein Verbot von Schmutz- und Schundliteratur, auf Errichtung eines städtischen Kindergartens in Ebling und auf Verlängerung der Betriebszeit auf der Straßenbahnlinie 317. Von den Gemeinderäten der ÖVP wurden vier Anträge eingebracht, betreffend Maßnahmen zur Pfuscherbekämpfung, den Verbrauch von Schnittholz in öffentlichen Werkstätten, die Vermietung von Kindergärten und die Ehrung von Pflegemüttern. Die Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Behandlung zugewiesen.

Über die Erweiterung von acht städtischen Friedhöfen und die Beschränkung der Grabsteinhöhe referierte GR. Weber (SPÖ). Über Vorschlag der Magistratsabteilung 43, Friedhofverwaltung, hat die Magistratsabteilung 18, Stadtregulierung, verschiedene Widmungsänderungsanträge für Friedhöfe vorgelegt, die mittlerweile genehmigt wurden, sodaß nun der Ausbau, bzw. die Aufschließung dieser Friedhöfe erfolgen kann. Die Entwürfe sehen eine neuzeitliche Ausgestaltung mit entsprechenden Straßen für Fuhrwerke vor. Es soll auch ein besseres Gesamtbild durch die Beschränkung der Grabsteinhöhe erzielt werden. Die größte zulässige Höhe der Grabsteine wird mit 1,80 Meter beschränkt und die Herstellung von Einfassungen jeder Art bei den einzelnen Gräbern untersagt. Derartige Beschränkungen wurden bereits für einzelne Friedhöfe eingeführt. Sie haben die Zustimmung der Friedhofsbesucher gefunden.

Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) nimmt zu dem vorliegenden Antrag Stellung und erklärt, daß es sich um eine notwendige Maßnahme im Interesse der Bevölkerung handle. Die Friedhöfe sollen keine Steinwüste darstellen sondern Gärten werden, in denen die Besucher in freundlicher Umgebung ihrer Verwandten und Bekannten gedenken können. Es sei dies auch nicht das erste Mal, daß eine derartige Einschränkung beschlossen wird. Bereits 1952 wurden für eine Reihe von Friedhöfen Erweiterungen und gleichzeitig Beschränkungen beschlossen, die sich bewährten und Anerkennung gefunden haben.

Anschließend nimmt GR. Lauscher (VO) zu dem von den Gemeinderäten seiner Fraktion eingebrachten Dringlichkeitsantrag auf Ehrung der Widerstandsgruppe Biedermann durch die Stadt Wien Stellung. Seine Fraktion habe bereits im vergangenen Jahr einen derartigen Antrag eingebracht. Die Gruppe Biedermann habe sich im Kampf um die Befreiung unserer Stadt besondere Verdienste erworben. Durch eine sichtbare Ehrung der Stadt Wien für die noch lebenden Mitglieder dieser Gruppe und der Gruppe Szokoll möge unsere Stadt aller Welt beweisen, daß wir uns zur Freiheit und zur Selbstständigkeit unseres Landes bekennen. Am zehnten Jahrestag der Befreiung müsse diesen Leuten die ihnen gebührende Ehrung zukommen, entweder durch Verleihung der Ehrenmedaille oder in einer anderen, von der Stadtverwaltung zu bestimmenden Form.

Bei der Abstimmung wurde dem Antrag gegen die Stimmen der VO die Dringlichkeit abgesprochen.

Es wird sodann eine Anfrage der Gemeinderäte Mühlhauser, Mazur, Römer, Schwaiger und Genossen (ÖVP), betreffend Abhaltung einer Verkehrsenquete verlesen. In dieser heißt es, daß bereits im Dezember 1954 durch den Herrn Bürgermeister eine derartige Enquete angekündigt wurde. Aus Zeitungsmeldungen ist nun aber zu entnehmen, daß sie erst im Oktober stattfinden soll. Es wird daher angefragt, warum die so dringend notwendige Verkehrsenquete nicht schon für einen früheren Zeitpunkt angesetzt wird und ob beabsichtigt ist, neben anerkannten inländischen Fachleuten auch ausländische Verkehrsexperten heranzuziehen.

Die Beantwortung dieser Anfrage wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Alle übrigen Punkte der Tagesordnung wurden ohne Debatte angenommen.

-- --

Vizekanzler Dr. Schärf - Ehrenbürger der Stadt Wien
=====

15. April (PK) Vizekanzler Dr. Adolf Schärf begeht am 20. April seinen 65. Geburtstag. Gleichzeitig sind es auch zehn Jahre her, daß er maßgebend an der Gründung der Zweiten Republik Österreich mitgewirkt hat und seitdem als führender Staatsmann im besonderen Maße an der Lösung schwierigster Probleme mitgewirkt hat. Der Wiener Gemeinderat hat daher heute Vizekanzler Dr. Adolf Schär anlässlich seines Geburtstages und in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Republik Österreich und die Bundeshauptstadt zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannt.

Adolf Schärf wurde am 20. April 1890 in Nikolsburg geboren. In Wien absolvierte er das Gymnasium und promovierte 1914 zum Doktor beider Rechte. Er war dann als Rechtsanwaltsanwärter tätig und leistete zwischen 1915 und 1918 Kriegsdienst. Nach Beendigung des ersten Weltkrieges wurde er von Karl Seitz, dem damaligen Obmann der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, zum Sekretär bestellt. Als Kenner des österreichischen Verfassungsrechts und der parlamentarischen Geschäftsordnung errang er bald besonderes Ansehen. Neben seiner außerordentlich wichtigen Parteiarbeit war er schriftstellerisch tätig, vor allem auf dem Gebiete der Agrarpolitik. Im Jahre 1933 kam er in den Bundesrat und wurde zum Mitglied des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten gewählt. 1938 wurde er von den Nationalsozialisten in Polizeihaft genommen, konnte aber nach seiner Entlassung seine Anwaltstätigkeit fortsetzen. Im Jahre 1944 wurde Schärf neuerlich verhaftet. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis nahm er seine Berufspflichten wieder auf. Während der ganzen Jahre des NS-Regimes hatte er engsten Kontakt mit den anderen führenden Sozialdemokraten und stand mit an der Spitze der um ein freies Österreich ringenden Menschen. 1945 wurde er in die provisorische Regierung des Staatskanzlers Dr. Renner berufen, wurde Staatssekretär des politischen Kabinetts und bekleidete in den folgenden Regierungen Figl und Raab den Posten eines Vizekanzlers.

Als Sozialpolitiker hat er sich mit verschiedenen Problemen

in einer Anzahl von Werken auseinandergesetzt, so u.a. "Pachtrecht und Pächterschutz in Österreich", "Die Frau im Spiegel des Rechts", "Der Wiederaufbau und die Selbständigen", "Österreichs Appell an die Welt", "April 1945 in Wien", "Zischen Demokratie und Volkdemokratie", "Der geistige Arbeiter und die zweite Republik". Außerdem veröffentlichte er eine Reihe von Aufsätzen in Zeitungen und Zeitschriften. Aber auch den kulturellen Fragen galt sein Interesse, wie die mannigfachen Anerkennungen aus den kulturellen Kreisen beweisen.

Besonders große Verdienste erwarb sich Vizekanzler Dr. Schöpf nach Beendigung des zweiten Weltkrieges durch seine erfolgreichen und entscheidenden Bemühungen um den Wiederaufbau des demokratischen Verfassungs- und Rechtslebens in der wiedererstandenen österreichischen Republik. So war er maßgebend an den Verhandlungen über die Bildung der österreichischen Bundesregierung und den Aufbau der Verwaltung der Bundeshauptstadt Wien beteiligt. Er hat sich dank seines Weitblickes und seiner großen Sachkenntnis mit Erfolg um die möglichst große Freiheit Österreichs bemüht, insbesondere bei den Verhandlungen über das Kontrollabkommen. Sein besonderes Interesse bekundete er aber stets für die Geschicke der Bundeshauptstadt Wien. Er verfaßte noch in der ersten Republik den Plan, Wien durch Ausweitung der Gemeindegrenzen einen entsprechenden Lebensraum zu schaffen. Im Jahre 1945 war er es, der dafür eintrat, die verantwortungsvolle Stelle eines Bürgermeisters der Stadt Wien General a.D. Theodor Körner zu übertragen. Aber auch an den weiteren Verhandlungen über die Bildung der Verwaltung der Stadt Wien hat er maßgebend teilgenommen und sich vor allem um die Wiederinkraftsetzung der Verfassung der Stadt Wien bemüht.

- - -

Rundfahrt "Neues Wien"

=====

15. April (RK) Sonntag, den 17. April, Route I mit Besichtigung der Siedlung und Schule Wienerfeld-Ost sowie der Per Albin Hansson-Siedlung mit Kindergarten und Volksheim der Wiener Volksbildung.

Abfahrt vom Neuen Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 9 Uhr.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 18. bis 24. April

15. April (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 18. April	Gr.M.V.Saal 20.00	Wiener Philharmoniker: Nicolai-Konzert; Dirigent Dr. Karl Böhm (Beethoven 9. Symphonie)
	Mozartsaal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 5. Konzertes im Zyklus III der Wr.KHG (Dirigent Enrico Mainardi)
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Kompositionsabend der Lehrer (Werke von O.Michtner, H.Pless, A.Röhrling F.Schmitzer, E.Weiss)
Dienstag 19. April	Mozartssaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: 5. Konzert im Zyklus III; Willy Boskowsky (Violine), Kammerorchester der Wr. KHG, Dirigent Enrico Mainardi (Scarlatti, Bach, Schubert, Strauß)
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Klassenabend der Blockflötenklasse Ingeborg Truger
Mittwoch 20. April	Gr.M.V.Saal 20.00	ÖGZM - Gesellschaft der Musikfreunde "Österreichisches Musikschaffen der Gegenwart"; Werke von Raimund Weissensteiner. Wr. Symphoniker, Dirigent: der Komponist
	Mozartsaal, (KH) 15.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 4. Konzert im Abonnementzyklus für Schüler; Camillo Wanausek (Flöte), Luise Dreyer-Zeidler (Harfe), Kammerorchester der Wr. Symphoniker, Dirigent Kurt Richter (Mozart, Tschaikowsky, Grieg)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Austauschkonzert der Studierenden des Königlichen Konservatoriums Brüssel (Gesang - Klavier - Violine)
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Klassenabend der Klavierklasse Prof. Viola Thern

Donnerstag 21. April	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Leon Goossens (Oboe); am Flügel Ivor Newton
	Mozartsaal (KH) 15.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 4. Konzert im Abonnementzyklus für Schüler (Wiederholung vom 20. April)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Celloabend Pierre Fournier, am Flügel Franz Holetschek (Bach, Schubert, Beethoven, Debussy, Tschaikowsky)
Freitag 22. April	Brahmssaal (MV) 20.00	Kompositorenkonzert Robert Ernst
	Gr.K.H.Saal 11.30	Kulturamt - Theater der Jugend: 12. Aufführung des Tanzspiels "Hans und Liese" (für Schüler)
	Akademietheater 19.00	Akademie für Musik u.d.K.: Szenische Aufführung der Oper "Dalibor" von Friedrich Smetana; Gesamtleitung Prof. Hans Duhan
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Schlußkonzert der Zweigschule Her- nals
Samstag 23. April	Gr.M.V.Saal 15.00	Wiener Philharmoniker: 7. Abonnementkonzert, Dirigent Dr. Karl Böhm (Mendelssohn, Brahms, Wagner, Liszt)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Festkonzert der Wr. Symphoniker zugunsten des Theodor Körner-Stift- ungsfonds, Wr. Staatsopernchor, Wr. Sängerknaben, Dirigent Prof. Rudolf Moralt (Werke von L.v. Beet- hoven)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr. Konzerthausgesellschaft: Klavierabend Dagmar Bella (Bach, Brahms, Prokofieff)
	Kammersaal (MV) 19.30	Konzertante Aufführung der Oper "Das Heimchen am Herd" von Carl Goldmark; musikal. Leitung Prof. Joseph Laska
Sonntag 24. April	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: 7. Abonnementkonzert, Dirigent Dr. Karl Böhm (Mendelssohn, Brahms, Wagner, Liszt)
	Schubertsaal (KH) 15.00	Konzert des Akkordeon-Clubs Hohner